

Der Gefellschatter

Amts- und Gemeindeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten „Geistesgaben“ von „Kaiser Heimer“

Bezugsgeld 1.50 M. monatlich, Trägern 1.00 M. vierteljährlich, 3.00 M. halbjährlich, 6.00 M. jährlich. Erscheint an jedem Montag. Vertriebspreis 10 Pf. pro Stück. Druck und Verlag von G. B. Zoller (Inh. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit dem landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Fam. Garten- und Landwirt“

Einzelheft 1 Pf. 100 Hefen 1.50 M. Familien-Anzeigen 15 Pf. Tages-Anzeigen 60 Pf. Sammel-Anzeigen 50% Rabatt. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufträge und Offerten-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Verlegt-Adresse: Gefellschatter Nagold. — In Fällen häßlicher Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. No. Stuttgart 6118

Nr. 255 Gest. Nr. 1827 Montag, den 31. Oktober 1932 Fernsprecher Nr. 29 106. Jahrgang

v. Gayl über die Reichsreform

Berlin, 30. Oktober.

Auf dem alljährlichen Bankett des Vereins der Berliner Presse, dem der Reichstanzler v. Papen, die Reichsminister v. Braun, v. Gayl, Dr. Gürtner, v. Neurath, Schäffer, Dr. Bracht, sowie mehrere Botschafter, Vertreter deutscher Länder usw. anwohnten, hielt der Reichsinnenminister eine bedeutsame Rede über die Reichs- und Verfassungsreform. Nachdem er, wie bereits kurz berichtet, erklärt hatte, das Reformwerk der Reichsregierung werde kein Neubau, sondern ein Ausbau sein, fuhr er fort:

Grundstürzende Neuerungen werden unterbleiben. Das gilt besonders für die Staatsform. Ich erinnere an die Worte des Reichstanzlers am letzten Montag und an meine eigene Antrittsrede im Reichsrat, in der ich mich grundsätzlich als Anhänger der monarchischen Idee bekannte, in der ich aber mit Ernst und Nachdruck ablehnte, eine Veränderung der Staatsform auch nur zu erwägen!

Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaats. Der den Versuch gemacht hat, sich ernsthaft in die Geschichte unseres Volks zu vertiefen, der lehnt diesen Gedanken ab und bedenkt sich zu dem Bundesstaat, der heute ist und der so lange bleiben wird, bis eine überwältigende Volksströmung sein Ende fordert. Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsglied zugeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neuerteilung des Reichs in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt. Auch die Vereinigung der zahlreichen Enklaven auf der Landkarte Deutschlands ist keine vordringliche Angelegenheit.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhärtete Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringend einer Neuordnung bedarf. Der Zustand, den wir in der Gegenwart erleben, spricht deutlicher als lange staatsrechtliche und politische Ausführungen von der Notwendigkeit der Neuordnung des Verhältnisses Reich-Preußen im Sinn einer organischen Verbindung zwischen beiden. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreichs soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angefaßt werden, als das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Das Reich hat, wie der Staatsgerichtshof in seinem Urteil vom 25. Oktober anerkannt hat, auf einwandfreie Rechtsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen die Regierung Preußens vorübergehend in die eines Reichskommissars gelegt. Aus der Konstruktion der Weimarer Verfassung hat nun der Staatsgerichtshof juristisch die Folgerung gezogen, daß die eigene Willensbildung des preußischen Staats gegenüber dem Reich und den eigenen parlamentarischen Körperschaften in der Hand der von den übrigen Staatsgeschäften enthobenen bisherigen Regierung verbleiben müsse. Wer versucht, die Dinge vom praktischen Standpunkt zu durchdenken, der kommt zu der zwingenden Erkenntnis, daß die versuchte Lösung sehr schwer durchführbar ist und daß sie den Keim zu neuen unruhigbaren Auseinandersetzungen in sich birgt. Das Urteil weist aber selbst darauf hin, daß der Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Maßregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen notwendig erscheinen. Unter diesen Verhältnissen hat die Reichsregierung die doppelte Pflicht, nun den in Preußen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugeben.

Preußen soll dabei seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können. Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern. Die übrigen Länder sind dabei vor einer Majorisierung und einseitigen Benachteiligung zu schützen.

Die Entwicklung von Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Konzentration vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine starke Verlagerung der Aufgaben von Ländern und Gemeinden sowie eine Veränderung des Finanzausgleichs mit dem Ziel, daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten und deren Gewährung durch das Reich dann eine Mitwirkung des Finanzstaats, namentlich mitverantwortlich gewordenen Reichs erforderlich. Diese Dinge lassen sich außerhalb der Verfassung ändern, sobald man nur den Willen hat, sie einmal systematisch anzufassen und von der Reichsverwaltung alles abzuhängen, was nicht unbedingt zur obersten Leitung und zur Erfüllung der Reichsaufgaben gehört. Dieser Wille ist vorhanden, die Verhandlungen mit den Ländern sind angebahnt.

In diesen programmatischen Sätzen ist bereits die Vereinfachung der gesamten Reichsverwaltung grundräßig mit

enthalten. Die Vorarbeiten für die Aufhebung entbehrlich werdender Reichsbehörden sind abgeschlossen. In kurzem werden die Änderungen bekanntgegeben werden können. Sie beziehen sich zunächst auf einen Abbau entbehrlicher Behörden der Finanz- und der Postverwaltung. Die Vereinfachung der Sozialbehörden ist in Arbeit. Die Verringerung des Umfangs der Reichsministerien und der Abbau ihres Aufgabenspektrums sind eingeleitet.

Der Wille der Reichsregierung zu einer Verfassungsreform hat verschiedene Vermutungen und Befürchtungen ausgelöst, die durchaus gegenstandslos sind. Der schwerste Verdacht gegen die Absichten der Reichsregierung war die Behauptung, daß die Regierung sich eine Verfassung auf den Leib schreiben wolle, die ihr ein ewiges Fortbestehen gewährleisten und einer „hauchdünnen Herrschicht“ die Macht in die Hand spielen wolle unter Herabdrückung der Rechte des Volks, insbesondere der deutschen Arbeiter. Solche Behauptungen sind nur erklärbar aus der allgemeinen Nervosität und aus der tief beklagenswerten Verheerung in unserem Volk. Wir haben die Regierung übernommen, berufen aus dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten und lediglich getrieben von dem einen Willen, unsere Verantwortung vor unserem Volk zu erfüllen, indem wir dem Gesamtvolk dienen, und zwar in allen seinen Teilen. Wir würden unsere Pflicht gründlich verletzen, wenn wir die Verfassungsreform unter dem Gesichtswinkel einseitiger Vertretung von Standesinteressen oder Berufs- und Wirtschaftszweigen führen wollten.

Mit sehr vielen anderen deutschen Staatsbürgern sehen wir aber die tatsächlich vorhandenen Mängel der Verfassung so deutlich, daß uns die Pflicht gebietet, an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Wir sehen den ersten Mangel in einem überprüften Parlamentarismus. Entscheidungen von ungeheurer Tragweite können heute abhängen von einer Zufallsmehrheit, ohne daß es ein wirksames Gegenmittel gegen diese Entscheidung gibt. Hier muß eine Sicherung eingebaut werden, die zuverlässig arbeitet. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer berufsständischen Kammer in die Konstitution der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Welchen Weg wir dem Volk empfehlen können und werden, muß heute noch offen bleiben, da die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Jeder Versuch auf längere Sicht und folgerichtig in Deutschland etwas zu schaffen, ist bisher an dem ständigen Wechsel der Regierungen gescheitert, die mitten in der Arbeit infolge von Mißtrauensvoten oder parlamentarischen Krisen abtreten mußten. Dieser Zustand ist in gewöhnlichen Zeiten bereits für die ruhige Entwicklung Deutschlands hemmend; er ist in Notzeiten untragbar. Deswegen müssen durch Änderung des Artikels 54 der Reichsverfassung Hemmungen eingebaut und der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgesetzt werden. Wer hierbei von einer „Minderung der Volksrechte“ spricht, sollte nicht dergleichen, das Leben und Zukunft der Nation höher stehen müssen als Rechte, deren Rechtskreis aus der Geschichte der letzten Jahre deutlich erkennbar geworden ist. Die Vorlage der Reichsregierung wird nach sorgfältigen Ermägungen entsprechende Vorschriften enthalten, die nach Möglichkeit das Recht des Reichstags nicht unnötig einzengen sollen. Eine Reform in dieser Richtung wird das beste Mittel sein, um in Zukunft eine allzu häufige Reichstagsauflösung zu beseitigen.

Schließlich sollen Änderungen der Wahlrechtsbestimmungen in der Verfassung und des Wahlgesezes vorgeschlagen werden. Völlig abwegig ist der Gedanke, die Regierung plane eine Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Reichstag oder gar die Aufhebung des Stimmrechts der Frauen. Erziehung dieser Wahlbestimmungen durch Einführung eines Zensus. Wir halten es aber für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren, welche die Bedeutung der Familienernährer für unser Volk unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlands zum Ausdruck bringt. Weitere Mängel, wie das Aufreten kleinster Splitterparteien und die Auswüchse des Listenwahlrechts, sollen bei dieser Gelegenheit beseitigt werden.

Wir hoffen, dem Reichsrat und dem neuen Reichstag nach seinem Zusammenritt und damit der Öffentlichkeit ein fertiges Programm unterbreiten zu können. Die Art des Vorgehens der Reichsregierung auf diesem Gebiet hängt von der innerpolitischen Entwicklung der nächsten Wochen und Monate ab. Darüber aber kann kein Zweifel herrschen, daß die Reichsregierung die von ihr klar erkannte und tiefempfundene Pflicht zur Reform niemals aufgeben wird. Es geht um Deutschlands!

Wäckerlin

Berlin, 30. Okt. Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit der Rede des Reichsinnenministers, der größte Bedeutung

beigelegt wird. Die D. Allg. Ztg. sagt, die vorgelegenen Reformgedanken werden die warme Zustimmung weitaus Volkstreue über die engen Parteigrenzen hinaus finden. — Der „Vorwärts“ steht in der Rede eine Ankündigung, daß der Weimarer Verfassung deraraus gemacht werden sollte. — Der „Tag“ stellt fest, daß die Rede vielen böswilligen Verdächtigungen ein Ende gemacht habe. — Der „Börse-Kurier“ erklärt, die Ankündigungen näherten sich dem Standpunkt der Gegner der Regierung Papen. — Die „Vollz.“ glaubt, die Regierung sei nunmehr den Verfassungsstreit erklären und, wenn der Reichstag sich ihr nicht fügen sollte, ihren Weg auf eigene Faust weitergehen.

Umbildung der preuß. Staatsverwaltung

Berlin, 30. Okt. Die Zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 wird nunmehr im Amtlichen Preussischen Preßedienst veröffentlicht. Nach § 2 bestehen nunmehr folgende Fachministerien: 1. Ministerium des Innern, 2. Finanzministerium, 3. das Justizministerium, 4. das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 5. das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 6. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, 7. Ministerium für Volkswirtschaft wird aufgehoben, Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten bleiben unberührt. — § 3 bestimmt die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten des bisherigen Ministeriums für Volkswirtschaft auf die bestehenden Ministerien. — § 4 legt diejenigen Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten fest, die auf andere Ministerien abgewiegt werden. — § 5 enthält die entsprechenden Bestimmungen für das Ministerium für Handel und Gewerbe. — § 6 ordnet an, daß die Zuständigkeit des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Entscheidungssachen auf das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit übergeht. Die im Ministerium für Wissenschaft zu verwaltesten Geschäfte werden in folgenden Abteilungen bearbeitet: 1. Zentralabteilung, 2. Geistliche Abteilung, 3. Abteilung für Wissenschaft und Kunst, 4. Abteilung für Unterricht und Erziehung. — § 7 legt diejenigen Zuständigkeiten des Justizministeriums fest, die auf andere Ministerien übergehen. Die Abteilungen des Ministeriums sind künftig 1. Personalabteilung, 2. Haushalts- und Verwaltungsabteilung, 3. Abteilung für bürgerliches und öffentliches Recht, 4. Abteilung für Strafrecht und Strafprozeß. Nach § 8 besitzt das Finanzministerium künftig 1. eine Zentralabteilung, 2. eine Besoldungsabteilung, 3. eine Haushaltsabteilung, 4. eine Steuerabteilung, 5. eine Hochbauabteilung. — § 9 legt diejenigen Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums des Innern fest, die auf andere Ministerien übergehen. Die Abteilungen des Innenministeriums sind künftig 1. Zentralabteilung, 2. Abteilung für Verfassungs- und Rechtsfragen, 3. Polizeibehörde, 4. Medizinalabteilung, 5. Veterinärabteilung, 6. Kommunalabteilung.

Die Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1932 in Kraft. Die sich aus der Umbildung ergebenden Ueberleitungsarbeiten müssen bis zum 1. Februar 1933 erledigt sein. Der Finanzminister nimmt die durch die Umbildung bedingte Veränderung der Haushaltsansätze vor. Er stellt gemeinsam mit den Fachministern den neuen Stellenplan auf.

Die Ernennung der Reichsminister ohne Portefeuille, die für Uebernahme preussischer Ministerien (Finanzen und Inneres) in Betracht kommen, Dr. Popph und Dr. Bracht, wird voraussichtlich am Montag erfolgen. Für das Staatsministerium soll der Gesellschaftswissenschaften-Professor der Zoologie Dr. Kachler in Aussicht genommen sein.

Beschluß des bayer. Gesamtministeriums

München, 30. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat dem Reichspräsidenten folgenden Beschluß des Gesamtministeriums übermittelt: „Der bayerische Ministerrat hat sich loeben auf Grund der ihm zugegangenen Unterlagen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt. Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung der deutschen Länder gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärung der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Weg und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet wird. Der Ministerrat bittet deshalb den Herrn Reichspräsidenten, seine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.“

Hindenburg an Papen

Berlin, 30. Okt. Der Reichspräsident hat den Reichstanzler beauftragt, den bayerischen Ministerpräsidenten darüber aufzuklären, daß der Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums von solchen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Maßnahmen des Reichs hielten sich völlig innerhalb der Befugnisse, die dem Reichskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofs zuerkannt seien.



Tagespiegel

Reichskanzler v. Papen hat dem Präsidenten der Berliner Handwerkskammer, Ludwig, anlässlich seines 70. Geburtstages seine aufrichtigen Glückwünsche telegraphisch übermittelt.

Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, die von deutscher Seite aufgeworfene Frage der für den deutschen Handel besonders abträglichen Zölle sowie die Frage der Kohlenkontingentierung in Berlin zu besprechen.

Ein deutsches Postflugzeug zwischen London und Köln mußte am Samstag abend auf dem Kanal niedergehen. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Bei der Tagung der Württ. Körperschaftsbeamten gab Staatsrat Dr. Hegelmaier bemerkenswerte Ausführungen über die Fragen der Reichsreform.

Der „konstruktive“ Plan

Paris, 30. Okt. In der Abgeordnetenkammer stellte Ministerpräsident Herriot den französischen „konstruktiven Plan“ für die Abrüstung folgendermaßen dar:

Frankreich würde für einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung der Herabsetzung der kurzfristigen Dienstzeit für die im Mutterland lebenden Landwehrcorps unter folgenden Bedingungen annehmen:

- 1. daß alle Formationen, die dieser Heeresorganisation zuwiderlaufen, wie die Reichswehr, aufgelöst und die Polizeilich einbezogen würde;
2. daß die internationale Ueberwachung organisiert und das Recht der Nachforschungen (Investigationsrecht) verbindlich einbezogen würde;
3. daß, um den Vertrag von Locarno zu ergänzen, ein regionaler Pakt für gegenseitige Hilfeleistung derart abgeschlossen würde, daß jede europäische Nation daran teilnehmen könne und daß die auf diese Weise vorgelebene Kollektivmacht ausreiche, um den Angriff zu unterdrücken. Diese Streitmacht müsse eine erste Staffelnung von nationalen Kontingenten umfassen, die sofort verfügbar wären und über ein mächtiges Material verfügten;
4. daß die Vereinigten Staaten Sicherheitsbürgschaften, wie sie sie selbst ins Auge gefaßt haben, bewilligen würden;
5. daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbunds sich verpflichten würden, die Verpflichtungen aus Artikel 16 des Völkerbundsstatutes zu erfüllen und
6. daß das Schiedsgerichtsverfahren für alle Teilnehmer am Pakt pflichtmäßig sein würde.

Nachdem Herriot den Inhalt des Plans bekanntgegeben hatte, schloß er mit der Bemerkung, wenn dieser Plan abgelehnt werde, könne Frankreich nicht für das Scheitern der Konferenz verantwortlich gemacht werden.

Vor der Abstimmung erklärte Herriot, der konstruktive Plan finde seine Grundlage in den bereits im Genfer Protokoll aufgeführten Grundgeden: Sicherheit, Schiedsgerichtsverfahren, Abrüstung. Auch der amerikanische Staatssekretär Stimson habe den Briand-Kellogg-Pakt D ausgedrückt, daß im Kriegsfall keine Neutralität mehr möglich sei. Man müsse dies als eine Garantie ansprechen, daß es künftig keinen Sonderkrieg mehr gebe. Die durch Artikel 16 des Völkerbundsstatutes gegebenen Garantien gebe er nicht auf. Der französische Plan beruhe auf folgenden Grundgeden: Alle Nationen sollen Verteidigungsheere demokratischer Art erhalten; nationale Berufsheere sollen beseitigt werden, weil sie früher oder später der Mittelpunkt von politischen Bestrebungen würden. Wenn man einen demokratischen Staat wänke, müsse man ihm ein demokratisches Heer verschaffen. Deutschland dürfe also keine Reichswehr nicht beibehalten.

Der Eindruck der Herriot-Rede in Berlin

Berlin, 30. Okt. Die gestrige Rede Herriots über den französischen Abrüstungsplan wird in Berliner politischen Kreisen als eine bemerkenswerte Erklärung des führenden französischen Staatsmanns angesehen. Zum ersten Male habe ein französischer Ministerpräsident den Standpunkt verlassen, daß der Versailler Vertrag unantastbar sei und daß der Teil V dieses Vertrags, der sich mit der deutschen Abrüstung beschäftigt, unberührt bleiben müsse. So unbestimmt die Vorschläge Herriots zur Abrüstungsfrage im einzelnen gehalten sein mögen und einer Erläuterung und Ergänzung noch bedürften, so gebe aus ihnen doch hervor, daß Frankreich auch die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Länder hinsichtlich der Abrüstung mehr als bisher berücksichtigt wolle.

In Berlin wird darauf hingewiesen, daß die von Herriot erwähnte deutsche Forderung auf Gleichberechtigung keinesfalls, so wie er es tat, als ein Verlangen nach Aufrüstung bezeichnet werden kann. Wenn Frankreich die Deutschland im Versailler Vertrag verbotenen Waffen nicht abschaffen will, so bedeutet dies einfach eine Verweigerung der Abrüstung. Den weiteren Ausführungen Herriots, daß alles Uebel im Berufsheer liege, muß mit allem Nachdruck ent-

gegengestanden werden, daß Deutschland sich diese Art von Heer nicht ausgewählt hat, sondern daß sie ihm durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde. Es erscheint deshalb sinnlos, daß man nun mit einem Mal gerade diese Art Heer als „besonders gefährlich“ bezeichnen will. Keinesfalls widerspruchsvoll und unrichtig erscheint die Stellungnahme Herriots zur Frage der Miliz, die er für Frankreich als eine Verteidigungsorganisation ansieht, eine Kennzeichnung, die er Deutschland jedoch nicht zubilligen will.

Wenn Herriot eine internationale Kontrolle, die bis zum Investitionsrecht gehen solle, fordert, so kann man darüber reden, selbstverständlich unter der unbedingten Voraussetzung, daß diese Kontrolle gleichmäßig auf alle Staaten angewandt wird. Die einzelnen Sicherheitsvorschlüge können eine Verhandlungsgrundlage bilden. Deutschland hat immer den Standpunkt eingenommen, daß es allen Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage zustimmen kann, die gleichmäßig für alle Staaten gelten. Die Bildung einer internationalen Polizeimacht kann nur dann einen Zweck haben, wenn diese Macht so stark ist, daß kein einzelnes Land sich dagegen wehren kann.

Unbeschadet einer Regelung im einzelnen kann zu dieser Forderung gesagt werden, daß Deutschland keine grundsätzlichen Widersprüche dagegen erheben würde, vorausgesetzt, daß es selbst an einer solchen Polizeimacht beteiligt wird. Für die Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit muß für Deutschland Voraussetzung die Frage sein, nach welchen Grundgeden die Rechtsprechung erfolgen soll. Keinesfalls darf der Versailler Vertrag das Gesichtsbild bilden.

Neue Nachrichten

Die Aussprache beim Reichspräsidenten

Berlin, 30. Okt. Beim Empfang des Reichskanzlers v. Papen und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun führte der Reichspräsident einleitend aus, der Streit zwischen Reich und Preußen über die Verordnung vom 29. Juli sei durch das Urteil des Staatsrats beendet, er und die Reichsregierung stellten sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils. Es müsse beiderseits der lokale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Ministerpräsident Braun gab eine Darlegung seiner Auffassung. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Ueber die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und Preußen könnten alsdann Verhandlungen stattfinden. Reichskanzler v. Papen erklärte, die Reichsregierung habe die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt, nur staatspolitische Erwägungen haben zu ihren Maßnahmen geführt. Der Reichskommissar könne sich nicht darauf beschränken, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern er müsse weiterhin die gesamte Exekutive einseitig in der Hand behalten. Der Reichskommissar werde der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben. Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichskommissars aber nicht dulden. Eine Einigung hierüber werde nicht erzielt. Der Reichspräsident hob hervor, daß es zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reichs in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reichs in einheitlichen Bahnen zu führen. Es wurde vereinbart, daß über die beiderseitigen Zuständigkeiten weitere Verbindung zwischen dem Reichskommissar und der preuss. Staatsregierung gehalten werden soll.

Dr. Schnee aus der DVP. ausgeschieden

Berlin, 30. Okt. Gouverneur z. D. Dr. Schnee hat an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabg. Dingeldey, ein Schreiben gefandt, in dem er seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Dr. Schnee sagt u. a., daß er die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Wiederaufbau Deutschlands und zu seiner Befreiung vom Druck des Versailler Diktats für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Hierfür sei die Mitwirkung der nationalsozialistischen Bewegung unerlässlich. Es erfülle ihn mit großer Sorge, daß die innenpolitischen Ereignisse zur entgegengegesetzten Entwicklung geführt haben. Seiner Ueberzeugung nach mache es die außenpolitische Lage notwendig, daß die gegenwärtig mangelnde breite Grundlage im deutschen Volk geschaffen werde. Von dem Standpunkt aus, von dem aus er sich in den vergangenen Jahren politisch betätigt habe, sehe er keine Möglichkeit mehr, im Rahmen der Deutschen Volkspartei weiter zu wirken.

Nach dem „Oberhessischen Wandere“ ist Graf Ballestrem aus der Zentrumspartei wegen deren Bekämpfung der Regierung Papen ausgetreten.

Hugenberg gegen DVP.

Dresden, 30. Okt. In einer Versammlung von Industriellen erklärte Dr. Hugenberg, es sei weder taktvoll noch klug, wenn die Deutschnationale Volkspartei im gegenwärtigen Wahlkampf von Führern der Deutschen Volkspartei in ganz unschöner Weise anwesien werde, nachdem die Deutch-

nationalen bei der letzten Wahl die DVP. durch Uebernahme der Reichstimmen vom Tod erreicht und auch diesmal wieder in selbstloser Weise die Unterstützung gewährt habe. Er und die DVP. vertreten die Kontingentierung in voller Uebereinstimmung mit vielen Industriellen, gerade auch zugunsten der Industrie und des Handels. Wenn Schäden aufgetreten seien, so liege das an der Art der Ausführung.

Der Königsberger August-Terror vor dem Sondergericht

Königsberg, 30. Okt. Vor dem Sondergericht begann am Samstag der Prozeß gegen 19 Nationalsozialisten, die beschuldigt werden, an den Terrorakten vom 1. August beteiligt gewesen zu sein. Zunächst wird gegen 11 Angeklagte verhandelt, denen vorgeworfen wird, einen zweistöckigen Schuppen und eine Laube in Brand gesteckt und mehrere Wohngebäude beschädigt zu haben. Die Angeklagten verweigerten die Aussagen.

Verfuchte Spionage

Breslau, 30. Okt. Das Oberlandesgericht verurteilte den 35jährigen polnischen Grenzbeamten Brozyno aus Krakau wegen verführten Verbrechens gegen § 3 des Spionagesgesetzes und wegen Vorkerbens zu 2 Jahren und 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Kommunistische Zellenbildung im polnischen Heer

Polen, 30. Okt. Die polener Behörden haben eine kommunistische Zelle ausgehoben, die in der polener Garnison eine sehr rege propagandistische Tätigkeit entfaltet. Bis jetzt konnten vier Personen verhaftet werden, darunter zwei Studenten der Warschauer Universität. Zahlreiche Hausdurchsuchungen haben starkes Belastungsmaterial zutage gefördert. Studentenunruhen, die in Warschau ausgebrochen sind, haben auch die polener Studenten erfasst. Es fanden zahlreiche Kundgebungen statt, um gegen die neuen Pläne der Regierung zur Einschränkung der Freiheit der Hochschulen Einspruch zu erheben. Die Polizei hat über 50 Verhaftungen vorgenommen.

Aus Stadt und Land

Regolter, den 31. Oktober 1932

Wenn das Vaterland brennt, sollen alle Stände löschen. Spruchweisheit des Mittelalters.

Diensterledigung.

Die Bewerber um die Pfarrei Kollerreichenbach, Def. Freudenstadt, haben sich binnen drei Wochen beim Evang. Oberkirchenrat zu melden.

Die Bewerber um je eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in folgenden Gemeinden haben sich bis zum 19. November beim Evangelischen Oberkirchenrat zu melden: P a n g e n b r a u n O A. Keunenbürg, Dienstwohnung, Gelegenheit zur Uebernahme des Organistendienstes; W i l d b a d O A. Keunenbürg.

Wochenrückschau

Zwei unwirtliche Tage liegen hinter uns. Am Samstag über Mittag legte wieder ein Sturm durch die Lande vermischt mit Regen und Schnee, uns nun den nahen Winter kündend. — Bis jetzt hat außer einer kleinen Versammlung, vor 14 Tagen, noch keine Wahlpropaganda eingeseht, trotzdem uns nur noch eine Woche von dem mit höchster Spannung erwarteten Resultat trennt. — Ueber Steuererhöhungen sprach Bürgermeister Meier vor interessierter Zuhörerschaft. — Der Bund der Neuhäuslebinger hielt eine Bezirksversammlung ab. — Zu einer Parteiverammlung gegen die teuren Benzinpreise lud der N D A C ein. — Der Sportverein hat wiederum ein siegreiches Spiel gegen Liebenzell absolviert, ebenso der Turnverein Regolter ein Handballspiel gegen Hochdorf. — Der Landw. Bez.-Verein hielt eine Ausschussung ab.

Vom Rathaus

Gemeinderatsitzung vom 26. Oktober 1932. (Schluß.)

An der Kellametzel vor dem Kaiser Wilhelmplatz in der Bahnhofstraße ist noch ein ganzes Feld frei. Soweit heilige Interessenten eine Fläche noch mieten wollen, wird gebeten, sich binnen acht Tagen beim Stadtbauamt oder bei Bürgermeister Jäger zu melden. Nach Ablauf dieser Frist wird das Feld anderwärts und auch an auswärtige Interessenten, die darum nachsuchen, vergeben. Die im Januar und Juli stattfindenden Viehmärkte laufen am 31. Dezember 1933 ab. Da diese Märkte immer gut besucht sind, soll um Verlängerung nachgedacht werden.

Der Vorsitzende berichtet noch eingehend über den ersten Nachtrag zum Haushalt 1932. Darnach gehen nach der Mitteilung des Finanzministeriums im Staatsanzeiger die Ueberwollungssteuern an Einkommen- und Körperschaftsteuer um 15 Prozent und an Umsatzsteuer um 20 Prozent zurück. Das macht einen Anfall im laufenden Etat von mindestens 7500 Mark. Dazu kommt, daß die an Stelle der Bürgersteuer 1932 tretende Einwohnersteuer 3500 Mk. weniger trägt, als im Etat vorgesehen war. Aller Wahrscheinlich nach reichen auch die Zitr-



Schwäbische Hausfrauen helfst der heimischen Landwirtschaft!

Mühlen Franck, die gute Kaffeewürze, gehört bekanntlich zu jedem Kaffee und wird aus Edelzichorie hergestellt, von der die württembergischen Landwirte große Mengen anbauen.

Wer Mühlen Franck dem Kaffee zusetzt, braucht weniger Kaffee als bisher. Der Kaffee ist aber immer kräftig, schmeckt ausgezeichnet, hat schöne goldbraune Farbe und wundervollen Duft. Sie sparen, ohne etwas zu entbehren, und helfen der heimischen Landwirtschaft, die bei steigendem Verbrauch noch größere Mengen Zichorie anbauen kann. — Drum nehmen Sie stets Mühlen Franck zu jedem Kaffee!

Für eine breite Mittelschicht in Deutschland

Von Dr. Reinhold Maier, württ. Wirtschaftsminister.

Den 13. Juli 1931 dürfen wir in Deutschland nie vergessen! Wir dürfen vielleicht den Tag des Bankenzusammenbruchs vergessen, aber nie seine unabwendbaren Lehren. An dem Tag des Bankenzusammenbruchs wurde es praktisch offenbar, zu welchem entsetzlichen Fehlaufbau wir in Deutschland durch die kollapsierende Ueberwälzung der Großunternehmungen in der Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre gekommen sind. Warum mußte Dietrich die Banken sanieren? Nicht wegen der Aktionäre: Das wird im Publikum bewußt oder unbewußt immer noch nicht begriffen. Sondern weil die zwei gefährdeten deutschen Großbanken die anderen beiden Großbanken mitgerissen hätten und weil an den vier deutschen Großbanken vier Zehntel der deutschen produktiven Wirtschaft auf der Aktiv- oder Passiv-Seite hingen, welche samt und sonders in die Krisis ihrer Bankverbindung verstrickt worden wären. Der Staat mußte eingreifen, um seine Wirtschaft zu retten, um sich selbst vor dem Untergange zu wahren. Wir haben am 13. Juli 1931 in den Abgrund hineingesehen. Wir wollen, daß dieser Abgrund sich schließt. Wir kennen seit diesem Tag die Lebensgefahren, welche aus einer übertriebenen Großwirtschaft dem Staat und der Wirtschaft drohen. Wir wollen diese Fehlerquellen beseitigen. Die Großwirtschaft macht die Wirtschaft als solche zur Sozialisierung reif. Wenn in einem Punkt, so in diesem hat Karl Marx recht gehabt, wenn er annahm, daß über den Weg der Großbetriebe der Sozialismus die Wirtschaft in die Hand bekomme. Wir glauben nicht daran, daß die Entwicklung zum Großbetrieb unentzerrbares Schicksal unserer Wirtschaft ist.

Die Krise gibt das Beispiel, daß der kleine und mittlere Betrieb im Gewerbe und in der Landwirtschaft die größte Widerstandskraft zeigt, daß ihm die Zukunft mehr als je gehört.

Der Teil der Wirtschaft, in welchem die wirksamen Kräfte unserer Wirtschaftsordnung garnicht mehr vorhanden sind, in welchem das, was man Wirtschaften auf eigenes Risiko nennt, was man persönliche Initiative und Verantwortung was man freie Konkurrenz nennt, nicht mehr da ist, sich verflüchtigt hat, dieser Teil der Wirtschaft liefert dem Sozialismus aller Schattierungen die Waffen zum Generalangriff gegen das herrschende Wirtschaftssystem. Die Freiheit unserer Wirtschaftsordnung, die wir in ihren gesunden Teilen verteidigen, die Wirtschaftsordnung, die wir verteidigen, ob dies nun heute populär ist oder nicht.

Wir wehren uns gegen den Sozialismus, wir wehren uns für die private Wirtschaft, nicht aus Liebhaberei oder aus Rechthaberei. Wir halten an unserer Wirtschaftsform nicht aus Eigennutz fest. Wir sind vielmehr jeden Tag bereit, unsere Wirtschaftsform aufzugeben, wenn uns etwas überzeugend Besseres angeboten wird. Was uns aber die Allzweckliste zur Linken, die Realzweckliste zur Rechten anpreisen, kann uns nicht locken! Sozialismus bleibt Sozialismus. Man kann ihn parteipolitisch anderweitig aufziehen und einfließen. Er bleibt dennoch das, was er ist.

nämlich — Sozialismus. Wo er angewandt wurde, ist es schief gegangen. Wo wir in der Wirtschaft der Nachkriegszeit auch nur in die Nähe sozialistischer und sozialistischer Wirtschaft kamen, ist es zum Fiasko geworden. Der Sozialismus ist bis zum heutigen Tage noch kein praktisches Wirtschaftssystem. Es ist eine Kritik am Bestehenden, eine sehr scharfsinnige, eine sehr geschickte Kritik hieran, er ist aber weiter nichts als Kritik; er ist ein Vorschlag, wie man es gerne haben möchte, kein Vorschlag, wie man es machen könnte.

Selbst wenn die verderblichen Folgen der Großwirtschaft in der Krise nicht mit Händen zu greifen wären, so müßte schon der gesunde Menschenverstand einem eingeben, daß es einfach nicht so weit kommen darf,

daß unser deutsches Volk schließlich auseinanderfällt in zwei zusammenhanglose Schichten, in einige mächtige Großunternehmungen der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand auf der einen Seite und in eine übersehbare Masse beschaffter, abhängiger Arbeitnehmer auf der anderen Seite.

Diese Entwicklung zu Ende gedacht, führt unaufhaltsam wirtschaftlich zu irgendeiner Form des Kollektivismus, zum Sozialismus oder Kommunismus, staatlich in Deutschland zum Bolschewismus. Zwischen diese beiden auseinanderfallenden, im scharfen Interessengegensatz gegeneinanderstehenden Schichten muß eingeschaltet bleiben, muß viel mehr als heute eingeschaltet werden.

eine breite und starke Mittelschicht selbständig wirtschaftender Menschen in Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie.

Wir müssen in Deutschland Mittelstandspolitik treiben, nicht des Mittelstandes wegen, sondern des Staates wegen. In erster Linie wegen der deutschen Arbeitnehmerkraft. In einer nach kleineren und mittleren Betrieben aufgebauten Volkswirtschaft ist auch der Arbeitnehmer besser aufgehoben als in einer Wirtschaft, in der nur ein paar ganz Große den Ton angeben. In den Kiesen- und Mammutbetrieben tritt am allerleichtesten das ein, was unbedingt vermieden werden muß, daß der Arbeiter zur bloßen Nummer, zur bloßen Zahl wird, daß die Arbeitskraft des Menschen zur leeren Ware herabsinkt. Deutschland ist eine arme Demokratie, wird auf lange Zeit hinaus ein armes Land bleiben. In der Volkswirtschaft eines solchen Landes muß es verhindert werden, daß der unpersönliche Produktionsfaktor „Kapital“ nicht den persönlichen Faktor „Arbeit“ einfach an die Wand drücken kann. Den Menschen dürfen wir in der Wirtschaft nicht vergessen.

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland muß sich mehr als sonstwo konzentrieren um die körperlich und geistig arbeitenden Menschen, um die erwerbstätigen und werktätigen deutschen Frauen und Männer.

Nach der Erkenntnis, die wir aus dem Worte Friedrich List's schöpfen: Nicht die Sachwerte, sondern die menschlichen Arbeitskräfte sind die wesentlichen Werte der Volkswirtschaft.

fortgemittelt nicht aus, weil die Zahl der Arbeitslosen und Wohlhabenderseinerseits seit diesem Frühjahr sich noch weiter gesteigert hat, so daß auch hier mit einem Mehraufwand von immerhin 4000 Mark zu rechnen ist. Der Etat 1933 wird mit Bestimmtheit noch größere Ausfälle bringen, wenn auch aus dem Einbruch, dem Stadtwald und dem Wasserwerk vielleicht etwas mehr zu erwarten ist, so werden die Ueberwälzungen und die Gewerbesteuer wesentlich zurückgehen, mindestens zusammen um 20 000 Mark und auch das Schulgeld an der Realschule mit Patelnabteilung wird sich in der bisherigen Höhe nicht halten lassen. Andererseits wird der Fürsorgeaufwand im Rechnungsjahr 1933 noch weiter steigen, wenn auch der Zinsaufwand, der Amtskosten und der Aufwand auf Straßen und Wege noch etwas zurückgehen wird. In dem Personalaufwand der Stadt für Verwaltung und Schulen tritt ohne gesetzliche Ermächtigung keine Veränderung ein. Bei dieser Lage muß nach Ersatzdeckung gesucht werden, sowohl für den Abmangel für 1932 wie für den zu erwartenden Ausfall für 1933. In Betracht kommt die Einführung der Geträntsteuer, die Erhebung des mehrfachen des Landesbesatzes für die Bürgersteuer 1933, von deren Ertrag bis zur Hälfte noch für das Rechnungsjahr 1932 verrechnet werden könnte, und auch eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Einwohnersteuer 1932. Diese erste Lage und ihre Tatsache wird auch vom Gemeinderat nicht verkannt. Das ist eine Erscheinung, die nicht bloß in unserem bisher geordneten Haushalt auftritt, sondern fast in allen Gemeinden des Landes in gleichem oder verstärktem Maße festzustellen ist. Endgültige Beschlüsse sollen aber erst in der nächsten Sitzung gefaßt werden.

Die Durchsicht des Feuerversicherungsplans für die Jahresabrechnung zur Gebäudebrandversicherung wurde auf Grund der vorausgegangenen Prüfung des Stadtbauamts festgelegt. Grundrisszeichnungen und Dekrete bildeten den Schluß der Sitzung.

Frau Geißler hat krankheitshalber die Stelle der Schulpfängerin im roten Schulhaus auf 1. November gekündigt. Auf ergangenen Aufruf im „Gesellschafter“ haben sich 32 Frauen und Mädchen von hier beworben. In der in der Sitzung vorgenommenen Wahl erhielten Günther Berta, Ehefrau des Wilhelm Günther, Schneiders hier, Renz, Marie, Ehefrau des Christian Renz, gew. Seifenfabrikarbeiters und Ve es, Emma, Schulpfängerin, hier je 4 Stimmen und Gauß, Julie, Ehefrau des Jakob Gauß, hier 1 Stimme. Da nunmehr für 3 Stimmengleichheit vorliegt, hat nach dem Gehen des Los zu entscheiden. Das von den Frauen selbst gewogene Los fiel auf Frau Marie Renz, die nun am 1. Nov. d. J. ihren Dienst antritt.

Kraftpost Magold-Haiterbach

Auf der Kraftpostlinie Magold-Haiterbach wird Werktags ausgen. Samstags ab 1. November 1932 eine weitere Fahrt von Haiterbach nach Magold und zurück ausgeführt und zwar:

Wang. Sa	ab Magold Bf.	an	Wang. Sa
17.30	Magold Postamt		17.15
17.35	Nelschhausen Gasth. z. Lamm		17.10
17.41	Unterschwandorf Poststelle		17.04
17.54	Unterschwandorf Gasth. z. Löwen		16.51
17.57	an Haiterbach Postagentur	ab	16.48
18.05			16.40

Sonderzug nach Stuttgart

Die Reichsbahn veranstaltet am Mittwoch, 9. November 1932 einen Sonderzug mit halbem Fahrpreis von (Schilfah)Freudenstadt nach Stuttgart und zurück. Für Magold-Altensteig wird in Eutingen (Württ.) und Magold auf dem Hin- und Rückweg ein Anschluß hergestellt. Wir machen auf die Anzeige in der heutigen Nummer besonders aufmerksam.

Aus vergangenen Zeiten

Vor 30 Jahren 1882

Die Mitgliederzahl des zweijährigen Turnvereins ist derart gewachsen, daß das Vereinslokal vom „Waldhorn“ in den „Hirsch“ verlegt werden mußte.

Die Firmen: Gebr. Dürr, Naturleiche in Kohrdorf, Besitzer Friedrich Dürr und Carl Henker Sohn, Altensteig, Inhaber Karl Henker jr. wurden in das Handelsregister eingetragen.

In Magold wird eine Industrieschule für sämtliche die hiesige Volksschule besuchenden Mädchen von 6-14 Jahren ins Leben gerufen. Bezweckt wird der Unterricht im Stricken und Webstühlen.

Die Butterpreise bewegten sich zwischen 75 und 78 Pfg. pro Pfd. zwei Eier kosteten 12 Pfg.

Die Einführung einer neuen Orthographie in allen Schulen Württembergs wird erwogen.

Eine Arbeiterversammlung in Stuttgart beantragt beim Reichstag die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit.

Ein Calwer Metzger fand im Magen eines geschlachteten Ochsen einen Geldbeutel, enthaltend ein Zehnmarkstück in Gold und 1 Fünfundmarkstück in Silber.

Vor 25 Jahren 1907

In verschiedenen Feiern verabschiedeten sich die Gemeinde Schietingen, die Lehrerschaft des Bezirks und der Bienenzüchterverein von dem nach Dettingen verlegten Lehrer Ungerer.

In Güttingen fand eine Obstausstellung des Magolder Bezirksvereins statt.

Die Bauarbeiten zu einem Badgebäude und Waschküche für das Militärgemeinschaftsheim Waldsee werden ausgeführt.

In Magold fand eine naturgeschichtliche Ausstellung, in welcher über 3000 Mineralien gezeigt wurden, statt.

An Stelle der feitherigen Schuhhütte am Stadtbahnhof soll ein beizbarer geräumiger Wartesaal erstellt werden.

Die Grabanlage und die Kapelle für die Opfer des Hirsch-einsturzes wurden feierlich eingeweiht.

In Stuttgart wurde die gelbe Arbeiterpartei gegründet.

In Turkestan kamen bei einem Erdbeben 15 000 Menschen ums Leben.

Die Allgem. Orts-(Bezirks-)Arankenasse Magold ehrt Schreinermeister Jakob Dötting

Am letzten Samstag nachmittag fand im Rathaus in Magold eine Sitzung des Kassenvorstandes statt, bei der es in erster Linie galt, eines Mannes zu gedenken, der nunmehr ununterbrochen 25 Jahre lang der Allgem. Ortsarankenasse bzw. der früheren Bezirksarankenasse Magold als Vertreter der Arbeitgeber angehört, es ist Schreinermeister Jakob Dötting in Magold. Der Platz des Jubilars war mit einem schönen Blumenstrauß geschmückt und der Vorsitzende des Kassenvorstandes und der Geschäftsleiter hielten Ansprachen, in denen sie die mannigfachen Verdienste des Jubilars um die Arankenasse hervorhoben und den gebührenden Dank des Vorstandes bzw. der Verwaltung zum Ausdruck brachten. Als äußeres Zeichen des Dankes wurde Herrn Dötting ein kleines Geldgeschenk über-

reicht. Mit Rücksicht auf die Not der Zeit und auch im Sinne des Jubilars hat sich der Kassenvorstand veranlaßt gesehen, die feierliche Feier in einfacher Weise zu begehen und von den beabsichtigten Einladungen Abstand zu nehmen. Wenn man die Entwicklung der Arankenasse in den verflorenen 25 Jahren überblickt und weiß, wieviel bedeutsame Aufgaben in dieser langen Zeit durch den Kassenvorstand zu lösen waren, so kann man ersehen, an welch wichtiger und verantwortungsvoller Stelle Herr Dötting gestanden und was er zum Nutzen der Kasse geleistet hat. Der Jubilant hat von Anfang an ein lebhaftes Interesse an der hiesigen Allgemeinen Ortsarankenasse gezeigt, pünktlich und zuverlässig allen Sitzungen angewohnt und dort in offener und aufrichtiger Weise seine Ansichten vertreten. Wenn Herr Dötting auch in früherer Linie dazu berufen war, den Interessen der Arbeitgeber zu dienen, so hat er es doch nicht davor schelen lassen, die berechtigten Forderungen der Versicherten anzuerkennen und an einer gesunden Weiterentwicklung der Arankenversicherung im Rahmen der vorhandenen Mittel tatkräftig mitzuarbeiten. Dem bald 70jährigen Manne sei es vergönnt, sich noch viele Jahre guter Gesundheit zu erfreuen und der Arankenasse mit seinem bewährten Rat zur Seite zu stehen.

Altensteiger Missetat

Furchtbarer Flammentod dreier Kinder

Die ganze Stadt und Umgebung stand am Samstag und Sonntag unter dem Eindruck eines furchtbaren Ereignisses, dem 3 junge Menschenleben zum Opfer fielen. Draußen beim Sportplatz entwickelte sich etwa um 9 Uhr in einem der als Armenwohnung aufgestellten Eisenbahnwagen Feuer. Wohl wurde von Arbeitern der gegenüberliegenden Fabrik der starke Rauch bemerkt, aber kein Verdacht geschöpft, weil es beim Verbrennen grünen Holzes öfters stark rauchte. Die in der Nähe arbeitenden Leute des freien Arbeitsdienstes bemerkten das Feuer zuerst und bemühten sich rüch und energisch um dessen Betämpfung. Der Wohnungsinhaber Eugen Ottmar war auswärts beim Kabellekanbau, die Ehefrau zum Einkauf in der Stadt und die drei Kinder, 6, 2½ und 1½ Jahre alt, im Wagen eingeschlossen. Die Wagenartie hielt den schweren Badeschlagen stand und so drang einer der Leute vom Arbeitsdienst durchs Fenster ein, um die schreienden Kinder zu retten. Dies war aber bei der ungeheuren Rauchentwicklung unmöglich. Am so schneller griff nun aber der Brand um sich, so daß der Wagen samt allen Habseligkeiten der seit Jahren in ärmlichsten Verhältnissen lebenden Bewohner vollständig verbrannte und die drei Kinder elend ums Leben kamen. Die Frau eilte herbei, als alles in hellen Flammen stand. Vom Arbeitsdienst war mit bewundernswürdiger Schnelligkeit eine Feuerpritze herbeigeholt worden und der Feuerkommandant belämpfte mit einer Abteilung der Feuerwehr den Brand. Die ganze Wehr zu alarmieren war bei der rasend schnellen Entzündung überflüssig. Der Wagen war Städtigentum, das Mobilgar wahrscheinlich unversichert. Es war ein furchtbarer Anblick, als man die verstümmelten Leichen auf einem verbrannten Sofa zusammengekauert fand. Der 6jährige Knabe hatte Verletzungen an der Hand, vermutlich hatte er eine Scheibe ausge schlagen und sich zu retten versucht. Mittags erschien die Gerichtskommission von Magold, die Entschädigung des Brandes konnte aber noch nicht ermittelt werden. Der schwerbetroffenen Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu und sicher finden sich viele, die das Unglück durch tatkräftige Unterstützung zu mildern bereit sind. — Am Freitag abend fand im „Stern“-Saal eine Wahlversammlung des Christlichen Volksdienstes statt, in der ein Herr Adolbus Boll über „Volksdienst und Parteidienst“ sprach. — Im Konfildtheater lief der Film „Stürme über dem Montblanc“ und verleiht die Besucher mit den großartigen filmtechnischen und sportlichen Leistungen in große Begeisterung. — Nachdem sich die Handballmannschaft des Turnvereins in der Vorrunde mit drei gewonnenen und zwei unentschiedenen Spielen an der Spitze hielt, begann gestern die Rückrunde. Die 1. Mannschaft gewann gegen Calw 1:3:4,

die 2. Mannschaft verlor gegen Hochdorf 3:5. — Der Sonntag brachte unaufhörlich Regen, der mit den ersten Schneeflocken vermischt war und die meisten ans Zimmer seßelte. Wer aber einen Gang über die Höfen wagte, der fand dort eine mehrere Zentimeter starke Schneedecke, so weit das Auge reichte, bildeten Wald und Äuren eine richtige Winterlandschaft.

Gaugenwald, 29. Okt. Auto gegen Pferd. In der Nacht vom 26. auf 27. Oktober wurde bei Gaugenwald ein auf dem Heimweg begriffenes Pferd durch ein auf einem neuen weilen Auto derart getreift, daß das Pferd eine etwa 10 cm. lange tiefe Kopfwunde davontrug. Das schwerverletzte Tier brachte das Gefährt noch nach Hause, wobei es dann verendete.

Calw, 29. Okt. Vom Rathaus. In der gestrigen Sitzung der Stadt wurde auf Vorschlag von Bürgermeister Gähner der Termin für die Eröffnung der Stadt. Kottische auf 15. November festgelegt. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende, daß die Wägen-, Kleider- und Schuhammlung gleich nach Weihnachten durchgeführt werden solle.

Freudenstadt, 30. Okt. Beurteilung wegen Amtsunterschlagung. Ein 57 J. a. Amts- und Polizeidiener aus einem Ort des hiesigen Oberamtsbezirks wurde vom Schöffengericht wegen Unterschlagung und Untreue zur Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Beamte, der schon jahrelang sein Amt zur Zufriedenheit ausgeübt hatte, verbrauchte von ihm eingezogene Gerichtsgebühren für sich selbst. Da er die Gelder nicht als einfacher Bote, sondern als Beauftragter einer Staatskasse einzog, machte er sich eines Vergehens der Untreue schuldig. Die unterschlagene Summe betrug etwa 150 Mark.

Letzte Nachrichten

Der Abschluß der Flugraketen in Berlin-Tempelhof verschoben

Berlin, 30. Okt. Der für Samstag nachmittag geplante Abschluß von Flugraketen des Ostpreussischen Ingenieurs-Ling auf dem Flugplatz Tempelhof ist infolge des regnerischen Wetters abgesetzt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.

Wiederaufnahme der Arbeit bei den Bayerischen Motorenwerken

München, 30. Okt. In einer Betriebsversammlung der Werkangehörigen der Bayerischen Motorenwerke wurde nach längerer Aussprache beschlossen, den Streik sofort abbrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Eine eigene Universitätswache in Wien

Wien, 31. Okt. Wie der „Morgen“ meldet, hat die österreichische Regierung beschlossen, an der Wiener Universität zur Verhütung von Skandalen, wie sie sich in der letzten Zeit fast täglich ereigneten, ein eigenes Wachcorps aufzustellen.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei ständlichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Gestorbene: Elsa Zimmermann geb. Hertkorn, 48 J. Eutingen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten



Turnen, Spiel Sport



Lokaler Sport

Handball.

TS. Rohrdorf 1. — TS. Nagold 1. 2:5.

Bei den gegebenen Verhältnissen konnte das angelegte Handballspiel zur Durchführung gelangen. Nagold, sowie Rohrdorf spielten mit voller Kraftentfaltung, was auch bald durch einen Siegestreffer der Nagolder Mannschaft belohnt wurde. Der in der Folge ausgeglichene Kampf konnte eine Voraussage des Siegers noch nicht sicher feststellen, zumal Rohrdorf bald darauf ebenfalls mit einem Erfolg ihrerseits aufwarteten. Nach der Pause ging das Spiel leider in etwas grobe Anfeindungen gegen den Schiedsrichter über, wodurch sich der Schiedsrichter beim Stand von 2:5 verpflichtet fühlte, das Spiel abzubrechen.

Fußball!

SV. Nagold 1. — Viesenzell 1. (Verbandsspiel). Tore 4:0. Halbzeit 3:0.

Bei den schlechtesten Witterungs- und Bodenverhältnissen fand obiges Spiel auf heissem Platz statt. Nagold konnte verdient gewinnen und sich somit weiterhin ohne jeden Punktverlust an der Spitze der Tabelle behaupten.

Der Gegner hat Anspiel und erzielt sofort eine Ecke, welche jedoch nichts einbringt. Das Spiel wechselt in den ersten 15 Minuten gleichmäßig hin und her wobei beide Mannschaften bei schönen Chancen durch die rutschigen Bodenverhältnisse am Schuß sehr behindert sind. Die Einheimischen, welche über eine bessere Käuferreihe und Sturm verfügen, können in der 20. Min. den Führungstreffer erzielen. In kurzen Abständen gelangen durch schöne Kombinationen noch zwei weitere Erfolge, so daß die Seiten beim Stand von 3:0 für Nagold gewechselt werden.

Auch nach der Pause kommt der Gegner, von dem man mehr erwartet hätte, nicht zum Zug. Nagold gelangt ein 4. Tor und der Sieg ist sicher. Die Einheimischen scheinen auf ihren Vorbeeren auszurufen, während Viesenzell gewaltig drängt und Umstellungen vornimmt um wenigstens den Ehrentreffer zu erzielen. Wenn auch verdient, so konnte auch solches nicht gelingen und mit dem Resultat von 4:0 für Nagold konnten sich die Mannschaften trennen.

Ungarn — Deutschland 2:1

Deutschland verliert mit Pech

Die deutsche Nationalmannschaft, die am Sonntag in Budapest vor 20 000 Zuschauern knapp mit 1:2 (0:1) unterlag, schlug sich trotzdem ausgezeichnet. Selbst die Ungarn erkannten an, daß das Flachspiel der Deutschen reifer und besser war, und es ereignete sich der seltene Fall, daß die Geschlagenen im fremden Lande tat mehr Beifall erhielten als der Sieger. Merkwürdigerweise fielen in beiden Mannschaften die Innenstürmer ab, das ungarische durch das unzureichende Verständnis, das deutsche durch Schußpech und zumellen auch durch Schußunfähigkeit. Das gilt vor allem für Lohner, der es in der Hand hatte den deutschen Sieg herauszuholen. Die gesamten Hintermannschaften waren einwandfrei. Vielleicht kann man noch sagen, daß Leinberger etwas besser als der berühmte Saroffi war. Im übrigen stand das Spiel auf einer beachtenswerten hohen Stufe. Die ersten 45 Minuten brachten einen Kampf zweier vollkommen gleichwertiger Mannschaften. In der 11. Minute fiel das Führungstor für Ungarn durch Terzi. In der Folge hatte Deutschland die weitaus besseren Torerwartungen, ohne jedoch die schlagfähigere Abwehr des Gegners überwinden zu können. Die zweite Spielhälfte

schließt der erste Die Deutschen verschärfen das Tempo und in der 31. Minute schießt Kahl eine Vorlage von Lohner zum Ausgleich ein. Aber schon zwei Minuten später wird der Kampf entschieden, als Turan das 2. Tor erzielt.

Die süddeutschen Punkteämpfe

Ueberraschungen in Baden — Riders führen in Württemberg — Bayern und 1860 München in Südbayern an der Spitze

Der letzte Oktobersonntag hat in den süddeutschen Punkteämpfen einiges geklärt und ist wiederum nicht ohne Ueberraschungen vorbeigegangen. Unerwartete Ergebnisse gab es vor allem in der Gruppe Gruppe Baden auf der ganzen Linie. So mußte der VfB beim Freiburger FC eine verdiente Niederlage mit 2:1 hinnehmen. Unerwartet hoch schlug der Karlsruher Phönix den VfB Karlsruhe und nicht weniger überraschend ist die Niederlage, die Franconia Karlsruhe in Schramberg holte. Unverdient besiegte der Freiburger SC den FC Kahl mit 4:1. — In der Gruppe Württemberg liegen nun die Stuttgarter Riders allein an der Spitze, hatten jedoch Mühe, dem SpV Feuerbach mit 6:4 beide Punkte abzunehmen. Die Führung der Riders ermächtigte aber erst die Punkteinbuße des VfB Stuttgart, der in Bödingen nur ein Unentschieden erzielte. Auch FC Vorsheim hatte Glück, aus Eßlingen wenigstens einen Punkt zu retten. Der FC Birkenfeld wurde von der Germania Bödingen nicht-geen und wird nunmehr gleich der Gmünder Normannia dem Abstieg kaum noch entgehen. — In der Gruppe Südbayern war der Schloher des Sonntags das Spiel zwischen 1860 München und dem Ulmer FC 94. Mit 7:2 wurde die UJ des Ulmer Fußballvereins unerdient hoch geschlagen. Der FC Ulm landete mit 4:0 einen sehr deutlichen Sieg über Wader München. Das gleiche Ergebnis erzielte der DSV München gegen TSV Reutlingen, das ohne Jakob spielte. Bayern München trug in Schalle ein Privatspiel gegen den Westdeutschen Meister aus und verlor hier mit 3:2. — In Nordbayern siegte der als einziger Süddeutscher Verein bisher ohne Punktverlust gebliebene FC Nürnberg über die Würzburger Riders mit 4:3 wenig überzeugend. „Klub“ und „Kleeblatt“ liegen natürlich weiter auf den ersten Plätzen, ihr Abstand von den übrigen Vereinen ist so groß, daß ihre Endspielberechtigung schon heute feststeht.

Vänderspiel

In Budapest: Ungarn — Deutschland 2:1.

Verbands spiele in Süddeutschland

Gruppe Württemberg: Germania Bödingen — FC Birkenfeld 6:1. Stuttgarter SC — Normannia Gmünd 5:1. Stuttgarter Riders — SpV Feuerbach 6:4. Union Bödingen — VfB Stuttgart 3:3. Sportfreunde Eßlingen — FC Vorsheim 2:2.

Gruppe Baden: SpVg Schramberg — Franconia Karlsruhe 7:3. Phönix — VfB Karlsruhe 6:0. Freiburger FC — Karlsruher FC 2:1. FC Mühlburg — FC Offenburg 3:0. FC Freiburg — FC Kahl 4:1.

Kreisliga

Kreis Schwärzwald: FC St. Georgen — Freudenstadt 2:0. FC Rottweil — FC Schwenningen 0:2. FC Furimangen gegen SpV Spaichingen 2:0. FC Donaueschingen — FC Röhrenweiler 4:0.

Kreis Hegau: Volkmannten — Waldsüt 1:0. FC Tiengen gegen FC Konitz 2:0. FC Sinau — FC Eßlingen 3:0. Pfullendorf — Gottmadingen 2:2. Tuttlingen — Rodolfszell 3:2.

Kreis Enz-Nekar: VfR Vorsheim — Bkt Enzberg 3:2. FC N. Mühlacker — Dillweihenfeld 3:1. SSC Vorsheim gegen FC Eßlingen 2:1. FC Kieselrn — FC Vödenbronn 5:2.

Kreis Nura: Franconia Kahl — Kahl 2:1. Bichweier gegen FC Kahl 1:1. Kuppenheim — Niederhül 4:1. Bietigheim — Malsch 2:0.

25 Kilometerlauf in Stuttgart

Die Sportvereinsvereinigung Stuttgart führte einen verbandsoffenen 25 Kilometerlauf durch. Es hatten sich hierzu 38 Läufer, darunter beste süddeutsche Klasse eingeschrieben. Die Bahnverhältnisse waren infolge des Regens schlecht, jedoch an die Läufer grobe Anforderungen gestellt wurden. Unter ihrer Berücksichtigung sind die erzielten Zeiten gut. In der Seniorenklasse siegte Beilhofer-München vor dem Cannstatter Lens und den Stuttgarter Breisch und Selber sehr knapp in 1:27,27. Im Mannschaftslauf gewann die Mannschaft der Stuttgarter Riders vor Bajuwaren-München, mußte aber in der Mannschaftsgesamtwertung den Bajuwaren mit 31 Punkten den Vorrang lassen.

Turnerhandball

Schwäbische Meisterklasse: TSV. Georgii Stuttgart — TSV. Stuttgart 2:8. Stuttgarter TB — TSV. Stuttgart 6:2. TB. Debsch — TSV. Cannstatt 6:2. VfL Stuttgart — TSV. Cannstatt 3:0. TB. Altenstadt — TSV. Göttingen 0:3. TSV. Göttingen — TB. Eßlingen 2:1. TSV. Taisingen — TSV. Schwenningen 11:2. TB. Schramberg — TSV. Schura 6:4. TSV. Trossingen — TB. Freudenstadt 4:5. TB. Marbach gegen TSV. Heilbronn 5:3. TB. Laudenheim — TB. Ulm 3:0. TSV. Ulm — TB. Ravensburg 5:6.

A-Klasse: TB. Prag Stuttgart — TSV. Vödingen 2:0. TB. Vödingen — TB. Schweiß 3:0. TB. Weller — TB. Winterbach 14:5. TB. Oberürkheim — TSV. Unterürkheim 3:6. TB. Waiblingen — TB. Gablingen 3:2. TB. Stuttgart gegen TB. Vödingen 5:0. TB. Altensteig — TB. Calw 4:3. TB. Schlat — TSV. Groheisingen 4:3. TB. Udingen — TSV. Göttingen 2:8. TB. Schwaibheim — TB. Vödingen 4:1. TB. Spaichingen — TB. Neutra 3:3. TB. Delsau — TB. Weßheim-Teck 12:4. TB. Solach — TB. Ruchen 5:3. TB. Natzretsbauhen — TB. Dillmettingen 0:4.

Kunstturnkampff München-Ulm-Stuttgart

Der RTV München stellte in acht Kunstturnkampff der drei süddeutschen Vereine RTV München, RTV Stuttgart und TB. Ulm die beste Mannschaft mit 903 Punkten, vor Stuttgart 849 P. und Ulm 842 Punkten.

Kreisturntag des 10. Turnkreises Baden

Die badischen Turner hielten in Heidelberg eine arbeitsreiche Tagung ab, die sich insbesondere mit dem freiwilligen Arbeitsdienst und den Richtlinien des Reichsarbeitsdienstes beschäftigte. Anstelle des aus Gesundheitsrückfällen von seinem Amt zurücktretenden Kreisvertreter Dr. Weich wurde Dr. Fischer-Karlsruhe gewählt und an seine Stelle als stellvertretender Kreisvertreter Sonnen-Vorsheim gewählt. Direktor Weich wurde zum Ehrenkreisvertreter ernannt und ihm die Ehrenurkunde der DT. überreicht.

In wenigen Zeilen ...

Weltmeister Scherens nahm am Freitag vor 4000 Zuschauern im Berliner Sportpalast an seinem Besizer von Köln, dem Amateurl-Weltmeister und neuen Berufsfahrer, Albert Richter, Resvanche. Scherens schlug den jungen Deutschen nur ganz knapp.

Absejan wurde von Schweizer Seite aus der für den 4. Dezember in Leipzig vorgesehene Kunstturnkampff Deutschland-Schweiz. Die Abgabe wurde mit Terminverletzungen motiviert, jedoch dürfte der wahre Grund in der nicht erreichten Einigung über den Austragungsmodus liegen.

Woll Henjer schlug in Boston den von der Nationalen Exkommission von Amerika als Halbshmergemichts-Weltmeister bezeichneten George Nicholls ganz überlegen nach Punkten.

Amtsgericht Nagold

Im Konkurs

des Emil Hefeler, Apothekers in Wildberg ist Verhandlungstermin über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeindefiskus bestimmt auf Freitag, 18. November 1932, 15 Uhr. Der Vergleichsvorschlag liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten auf.

Amtskörperschaft Nagold

Der in § 13 der Verordnung über Fin.-Statistik vom 28. Februar 1931 (Reichsgesetzbl. I Seite 32) vorgeschriebene

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben der Amtskörperschaft

vom 1. April bis 30. September 1932 ist beim Oberamt zur Einsicht aufgelegt. Nagold, den 31. Okt. 1932. 1196 Oberamtspfleger: Klinger.

Sonderzug nach Stuttgart und zurück

zum halben Fahrpreis am Mittwoch, 9. Nov. 1932

8.17	ab Nagold	an	20.05
8.22	„ Felsbawen	„	20.01
8.29	„ Gündringen	„	19.53
8.36	„ Hochdorf b. Dorb	„	19.47
9.25	„ Eßlingen (Würt.)	„	19.40
10.26	an Stuttgart Hbf.	ab	18.25

In Nagold auf dem Hinweg Anschluß von Altensteig mit einem Sonderzug Altensteig ab 6.55, Berned 7.01, Eßlingen 7.15, Hochdorf 7.28, Nagold an 7.42, auf dem Rückweg Anschluß nach Altensteig mit dem Fahrplanmäßigen Zug Nagold ab 20.47.

Fahrpreis 3. Kl. für Hin- und Rückfahrt von Nagold	3.00 RM	Altensteig	3.60 RM
Felsbawen	2.90	Berned	3.50
Gündringen	2.80	Eßlingen	3.30
Hochdorf b. Dorb	2.60	Rohrdorf (Würt.)	3.20

Auskunft und Fahrkarten an den Fahrkartenschaltern. Reichsbahndirektion Stuttgart.

Württembergische Volksbühne

Morgen Dienstag abend 8 Uhr im Pöwenjaal

Egmont

Vorverkauf in den Buchhandlungen ZAISER und LAUK

Lehrbuch zu „Egmont“

à 35 J in der Buchhandlung G. W. Zaiser - Nagold

Stadtgemeinde Nagold

Die Abgabe von 1173

Deckreifeig

erfolgt am Dienstag, den 1. Nov., von 2-4 Uhr im Spitalhofgarten. Preis f. 1 Welle 50 J. Bestellungen waren nicht erforderlich. Städt. Forstverwaltung

Konfirmanden-Büchlein

vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg.

Gelegenheitskauf!

Ardie - Motorrad

198 ccm, Modell 30, mit elektr. Licht und Horn Preis 250.— RM. Franziska, Untergriesheim, Würtbg.

Ein zum erstenmal trächt.



Mutter-schwein verkauft 1200 W. Maff, Wödingen Unterjettingerstraße.

Mütter-abende.

Deute Montag abend 8 Uhr Wiederbeginn der

Reinwollene Kleider-stoffe

einfarbig und gemustert d. mtr. v. M. 1.20 an Große Auswahl

Christ. Schwarz

Bahnhofstr.

Ab Fabrik

Winterjoppenstoffe v. m. 2. 3.50 Damenzweckstoffe v. m. 2. 2.00 Tischstoffe per Quadrat 1.50 Zubehört Tischdecken, etc. Wasser auf Wunsch.

Nagold Einzelnes 1170

Zimmer

möbliert oder unmöbliert samt Küche ist zu vermieten. Zu erst. bei der Geschäftsstelle d. St.

1933 Lehrer Hintende Bote

Preis 50 J, ist vorrätig Buchhandlung G. W. Zaiser Nagold

Fix-Fertig

der gebrauchsfertige Raupenleimring D.R.P. 499 989

ausreichend f. ca. 15 Bäume zu Mk 1.25 vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold, Marktstrasse

Flechten.

Lebende Hautschätze bringen die davon Betroffenen nicht selten zur Verzweiflung. Ein probates Mittel, dem, wenn empfohlen, Dr. Jander's Flechten-Medizin (siehe Bild 54, 90 Bild. und Nr. 136 in der Form). Denn die gute „Jander'sche“ (20, 45, 60 und 80 Bild.) Leberöl enthält.

Grab-Basen

in Steinzeug sehr haltbar bei 1197

Hermann Knodel

Wir empfehlen: Schuldschein Schuld- u. Bürgscheine Zahlungsbefehl für das Amtsgericht (vom Justizministerium vorgeschrieben) Ausfertigung für den Schuldner Ausfertigung des Vollstreckungsbefehls Sicherungsübereignungsvertrag Generalvollmacht Prozeß- und Inkassovollmacht Kostenfestsetzungs-gesuch in Rechtsfachen Antrag auf Forderungspfändung Antrag auf Ableistung des Offenbarungseides Forderungsanmeldung im Konkurs Gesuch um vollstreckbare Labelausfertigung im Konkurs Buchdruckerei u. Buchhandlg. G. W. ZAISER Nagold.